
BA KOMPAKT

Reihe herausgegeben von

Martin Kornmeier, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Mannheim, Deutschland

Die Bücher der Reihe *BA KOMPAKT* sind zugeschnitten auf das Bachelor-Studium im Studienbereich Wirtschaft an den Dualen Hochschulen und Berufsakademien. Sie erfüllen vollständig die im Curriculum zur Erlangung des Bachelor festgelegten Anforderungen (Lerninhalt, Lernmethoden, Konzeption und Ablauf der Veranstaltungen).

Die Reihe BA KOMPAKT zeichnet sich aus durch:

- Fokussierung auf die elementaren Lernziele
- Starker Praxisbezug durch konkrete Beispiele
- Einbindung von Fallstudien für Einzel- und Gruppenarbeit
- Übersichtliche, anschauliche Darstellung durch zahlreiche Kästen, Abbildungen und Tabellen
- Kontrollfragen zur Prüfung des Lernerfolgs

Klaus Sakowski

Grundlagen des Bürgerlichen Rechts

6. Auflage

 Springer Gabler

Klaus Sakowski
DHBW Heidenheim
Heidenheim, Deutschland

ISSN 1864-0354

BA KOMPAKT

ISBN 978-3-662-67641-7

<https://doi.org/10.1007/978-3-662-67642-4>

ISSN 2626-7799 (electronic)

ISBN 978-3-662-67642-4 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2008, 2012, 2014, 2018, 2020, 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Claudia Rosenbaum

Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Vorwort

Recht und Gesetz spielen im beruflichen und privaten Alltag einer Fach- und Führungskraft eine herausragende Rolle. Ein richtiges oder zumindest tendenziell in die richtige Richtung gehendes Rechtsverständnis ist in vielen Situationen des Alltags nicht nur hilfreich, sondern geradezu unumgänglich. Im Gegensatz dazu spielt Recht im wirtschaftswissenschaftlichen Studium als Nebenfach nur eine untergeordnete Rolle. Zudem ist das Fach Recht mit dem Vorurteil belastet, „trocken“ zu sein. Dementsprechend halbherzig gehen viele Studierende damit um.

Das vorliegende Buch greift diese Überlegungen auf. Es bietet dem (oder der) Studierenden eine überschaubare und damit dem Studienplan angemessene Zusammenfassung wichtiger Inhalte des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf diese Weise vermittelt es auch ein Grundverständnis des Zivilrechts sowie ein Verständnis der Abgrenzung des Zivilrechts von anderen Rechtsbereichen. Auf die Verwendung von Fachbegriffen wurde so weit als möglich verzichtet. Der Blickwinkel ist der eines Verfassers, der seit vielen Jahren in der akademischen Lehre tätig ist und überwiegend parallel dazu in der juristischen Praxis als Rechtsanwalt tätig war. Durch diese spezielle Verzahnung von Theorie und Praxis können in dem vorliegenden Buch der Rechtsstoff und dessen hohe Praxisrelevanz anschaulich dargestellt werden. Der überschaubare Umfang bedingt zudem eine angemessene Auswahl des Stoffes und nimmt auch insoweit dem Studierenden eine wichtige, für ihn häufig nicht einschätzbare Aufgabe ab. Eingegangen wird u. a. auf die praktisch bedeutsamsten Probleme im Zusammenhang mit Vertragsschlüssen sowie mit den allgemeinen Vorschriften über Begründung, Inhalt und Beendigung von Schuldverhältnissen. Weiter sollen die Studierenden die Vorschriften des Kaufrechts in Bezug auf häufige, in der Praxis vorkommende Fragestellungen anwenden können. Ein Überblick über ausgewählte weitere Vertragstypen ergänzt diese Darstellung. Darüber hinaus sollen die Studierenden auch Verständnis für den weiten Anwendungsbereich des Deliktsrechts entwickeln, vor allem auch in Bezug auf betriebliche Fragen und Fallgestaltungen. Eine Übersicht über die wesentlichen Grundprinzipien sowie ausgewählte Rechtsfragen von Eigentum, Besitz, beschränkt dinglichen Rechten sowie den Grundzügen der Rechtsdurchsetzung schließt den inhaltlichen Teil des Buches ab. Im Text selbst sowie im Anhang finden sich zahlreiche Praxisbeispiele, Übungsfälle und Musterklausuren samt Lösungsvorschlägen. Anhand

dieser sollen die Studierenden auch den Gutachtenstil, die gängige juristische Fallbearbeitungsmethodik, kennenlernen und anwenden können.

Die Begrenzung im Umfang macht auch den noch überschaubaren Bezugspreis des Buches möglich. Das Buch erscheint in der Reihe „BA kompakt“ (wobei „BA“ für „Bachelor of Arts“ steht). Dessen erklärtes Ziel ist es, eine sinnvolle Mitte zwischen allen genannten Anforderungen nach inhaltlicher Tiefe, überschaubarem Umfang und vertretbarem Bezugspreis zu finden. Alle Bücher dieser Buchreihe wurden in diesem Bestreben geschrieben, und der Verfasser hofft, dass die Ziele auch in diesem Buch erreicht wurden. Für Kritik und Anregungen ist der Verfasser dankbar (E-Mail: klaus.sakowski@dhbw-heidenheim.de).

In der vorliegenden sechsten Auflage wurde der Inhalt des Buches aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung angepasst. Es handelt sich um eine komplette Durchsicht und – da wo nötig – Überarbeitung der Voraufgabe. Berücksichtigt wurden insbesondere die beiden großen BGB-Reformen mit Wirkung ab 2022, durch die das Kaufrecht an Anforderungen des digitalen Zeitalters und des Verbraucherschutzes angepasst und das BGB-Schuldrecht um Regelungen für Verträge über die Bereitstellung „digitaler Produkte“ ergänzt wurde. Beide Gesetze gehen zurück auf Richtlinien der Europäischen Union. Weitere Änderungsbereiche betreffen etwa die Einarbeitung von Rechtsprechung zu „Corona-Fragen“, Ergänzungen bei der Übersicht zu sonstigen Vertragstypen, die Abgrenzung zwischen Tatsachenbehauptungen und Meinungskundgaben (Deliktsrecht) oder Ergänzungen im Sachenrecht. Schließlich flossen vielfache Erfahrungen des Verfassers im Umgang mit dem Buch als Begleitskript in Lehrveranstaltungen ein. In diesem Rahmen wurden beispielsweise einige Übungsfälle gestrichen, geändert oder ergänzt. Die Grundkonzeption des Buches hat sich bewährt und wird beibehalten.

Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung bzw. besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die männliche Form verwendet. Ämter, Tätigkeiten, akademische Grade sowie Funktions-, Status- und Berufsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Heidenheim, Deutschland
Juni 2023

Klaus Sakowski

Einleitende Hinweise zu diesem Buch

Inhaltlich deckt das vorliegende Buch die Modulbeschreibung des Moduls „Recht I“ des betriebswirtschaftlichen Bachelor-Studiums an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ab, deren Modulverantwortlicher der Verfasser ist. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Darstellung auch eine angemessene Lerngrundlage für Studierende anderer juristisch und/oder betriebswirtschaftlich orientierter Lehr- und Studiengänge an Universitäten und (Fach-) Hochschulen ist. Auch für diese Studierenden kann das vorliegende Buch bedeutsam und hilfreich sein.

Aus Gründen des begrenzten Seitenumfangs und der Didaktik wurde darauf verzichtet, Lösungsvorschläge zu allen im Buch genannten Fällen im Buch selbst abzudrucken. Es finden sich im Anhang lediglich Lösungsvorschläge zu den ersten beiden Fällen jedes Kapitels. Die übrigen Lösungsvorschläge sind im Internet unter der folgenden Adresse zu finden:

<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-67641-7>

Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass der Studierende zunächst selbst nachdenken und sich einen Lösungsvorschlag erarbeiten kann bzw. muss. Ansonsten wäre die Versuchung groß, sich sogleich im Buch nach dem Lösungsvorschlag des Verfassers zu informieren. Der „Medienbruch“ (Buch/Internet) ist in diesem Sinne also didaktisch begründet und beabsichtigt. Zudem wird einem Lehrbeauftragten, der das Buch als Leitfaden seiner Lehrveranstaltung benutzt, das Lehren erleichtert, indem die Fälle diskutiert werden können und die Studierenden nicht nur die aufbereiteten Lösungsvorschläge des Verfassers mitteilen oder aufsagen.

Wenn und soweit im Buch Paragraphen (§§) ohne Gesetzesangabe genannt werden, handelt es sich um Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB). Es wird dringend angeraten, Vorschriften nicht nur der Zahl oder Reihenfolge nach aufsagen zu können, also die „Hausnummern“ gelernt zu haben, um sie in einer Klausur zu nennen, sondern die entsprechenden Vorschriften zu lesen und vor allem ihr Verständnis zu erkunden. Unter keinen Umständen sollen Vorschriften auswendig gelernt werden. Gesetzestexte sind im Regelfall ein zugelassenes Hilfsmittel bei der Prüfungsleistung (meist Klausur oder Fallstudie als Hausarbeit). Es kommt darauf an, eine Vorschrift zu finden und vor allem deren

Merkmale richtig und praxisnah zu interpretieren, und nicht darauf, den Wortlaut aufzusagen.

Neben einzelnen Lösungsvorschlägen zu den Übungsfällen sowie den Antwortvorschlägen zu den Kontrollfragen finden sich im Anhang auch einige Musterklausuren, die thematisch gesehen ein gewisses Spektrum der Lehrinhalte abdecken. Der Verfasser hat diese Klausuren in der Vergangenheit in verschiedenen Studienkursen gestellt. Zwar werden die Lösungsvorschläge direkt im Anschluss abgedruckt. Gleichwohl ist auch hier dringend anzuraten, sich zunächst selbst Gedanken über einen vertretbaren Lösungsweg bzw. Lösung zu machen und diese erst anschließend mit dem Lösungsvorschlag des Verfassers zu vergleichen. Eine abweichende Lösung muss nicht immer falsch sein. Der Verfasser stellt jeweils nur seine eigene Meinung oder die „herrschende Meinung“ in Rechtsprechung und Literatur dar. Ob es sich bei einer abweichenden Meinung des Studierenden noch um eine vertretbare handelt, ist eine Frage des Einzelfalls und kann pauschal nicht beantwortet werden. Die Lösungsvorschläge entsprechen dem Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung im Zeitpunkt des Erscheinens dieser Auflage.

Der Inhalt des Buches ist vergleichsweise „textlastig“, was ebenfalls der erklärten Absicht des Verfassers entspricht. Die Orientiertheit an der Sprache und am geschriebenen Text ist ein wesentlicher Bestandteil juristischer Praxis und Alltagsarbeit. Dementsprechend wurde auf Grafiken bzw. Tabellen weitgehend verzichtet. Gleichwohl sind gestalterische Elemente zur Erleichterung der Übersicht und des Erlernens der Inhalte enthalten. Diese bestehen in Form von Abbildungen, drucktechnischen Hervorhebungen wichtiger Begriffe und Stichworte sowie verschiedenartiger „grauer Kästen“. In diesen sind Übungsfälle, Praxisbeispiele oder begleitende Erläuterungen (Exkurse) enthalten. Am Beginn jedes Kapitels steht eine Auswahl wichtiger Lernziele, die mit der Lektüre des jeweiligen Kapitels verbunden sind. Kontrollfragen am Ende jedes Kapitels erleichtern das zusammenfassende Nachdenken über das Gelesene und Erlernte. Die Lösungen zu den Kontrollfragen befinden sich im Anhang des Buches. Die Übungsfälle, die im laufenden Text zu jedem Kapitel abgedruckt sind, stammen überwiegend aus der anwaltlichen Praxis des Verfassers, sind in diesem Sinne also „aus dem Leben gegriffen“ und unterstreichen in diesem Sinne die hohe Praxisrelevanz des Stoffes.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung in das Rechtssystem	1
1.1	Bedeutung des Fachs Recht	1
1.1.1	Rechtsstaatliche Ordnung	1
1.1.2	Recht im Studium	4
1.2	Systematik des deutschen Rechts	6
1.2.1	Abgrenzung der Rechtsbereiche	6
1.2.2	Bedeutung der Abgrenzung	7
1.3	Rechtsweg und Instanzenzug	8
1.3.1	Allgemeines	8
1.3.2	Zivilgerichte	8
1.3.3	Strafgerichte	9
1.3.4	Sonstige Gerichtsbarkeiten	10
1.3.5	Streitschlichtungsinstanzen	11
1.4	Einführung in das Zivilrecht	11
1.4.1	Wurzeln des Zivilrechts	11
1.4.2	Praxisrelevante Rechtsquellen	12
1.4.3	Juristische Informationsgewinnung	18
1.4.4	Methoden der Rechtsfindung	20
1.4.5	Prüfungsvorbereitung und Prüfungsleistung	24
1.5	Einführung in das BGB	25
1.5.1	Entstehungsgeschichte	25
1.5.2	Aufbau	26
2	BGB – Allgemeiner Teil	33
2.1	Rechtssubjekte	33
2.1.1	Natürliche Personen	34
2.1.2	Juristische Personen	39
2.2	Rechtsobjekte	44
2.2.1	Definitionen	44
2.2.2	Sonstiges	46

2.3	Rechtsgeschäftslehre	47
2.3.1	Allgemeines zum Rechtsgeschäft	47
2.3.2	Abgrenzungen	48
2.3.3	Willenserklärung	50
2.3.4	Vertragsschluss.	60
2.3.5	Auslegung von Verträgen	66
2.3.6	Grundsatz der Vertragsfreiheit	67
2.3.7	Grenzen der Vertragsfreiheit	68
2.3.8	Rechtsfolgen	82
2.3.9	Bedingung	83
2.3.10	Stellvertretung	83
2.3.11	Verjährung/Verwirkung	87
2.3.12	Fristen und Termine	89
3	BGB – Schuldrecht Allgemeiner Teil.	91
3.1	Grundsätze	91
3.1.1	Schuldverhältnis.	91
3.1.2	Vertragsbindung und -erfüllung	93
3.1.3	Vorvertragliches Schuldverhältnis	93
3.2	Pflichten des Schuldverhältnisses	95
3.2.1	Primär-/Sekundärpflichten	95
3.2.2	Unbestellte Leistungen.	95
3.2.3	Treu und Glauben.	96
3.3	Art und Weise der Pflichterfüllung	97
3.3.1	Stückschuld/Gattungsschuld	97
3.3.2	Zinsen.	97
3.3.3	Schadensersatz	98
3.3.4	Ort und Zeit der Leistung.	105
3.3.5	Zurückbehaltungsrecht.	106
3.3.6	Verschulden	107
3.4	Leistungsstörungen	109
3.4.1	Ausschluss der Leistungspflicht.	109
3.4.2	Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	110
3.4.3	Verzug	113
3.5	Allgemeine Geschäftsbedingungen	117
3.5.1	Allgemeines	117
3.5.2	Einbeziehung	118
3.5.3	Inhaltskontrolle	121
3.5.4	Rechtsfolge bei unwirksamen Klauseln.	123
3.6	Verbraucherverträge und besondere Vertriebsformen	124
3.6.1	Allgemeine Vorschriften	124
3.6.2	Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge.	125
3.6.3	Fernabsatzverträge.	126

3.6.4	Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	131
3.6.5	Verträge über digitale Produkte	133
3.7	Anpassung und Beendigung von Verträgen	134
3.7.1	Störung der Geschäftsgrundlage	134
3.7.2	Dauerschuldverhältnis	136
3.7.3	Einseitige Leistungsbestimmung	137
3.7.4	Rücktritt vom Vertrag	137
3.8	Sonstiges	138
3.8.1	Aufrechnung	138
3.8.2	Abtretung	139
3.8.3	Mehrheit von Schuldern und Gläubigern	139
4	BGB – Schuldrecht Besonderer Teil	141
4.1	Kaufrecht	141
4.1.1	Einführung	141
4.1.2	Pflichten der Vertragsparteien	142
4.1.3	Sach- und Rechtsmangel	143
4.1.4	Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen	151
4.1.5	Verbrauchsgüterkauf	160
4.2	Sonstige Vertragstypen	163
4.2.1	Einleitung	163
4.2.2	Dienstvertrag	164
4.2.3	Mietvertrag	165
4.2.4	Werkvertrag	167
4.2.5	„Moderne Vertragstypen“	173
4.3	Ungerechtfertigte Bereicherung	175
4.4	Deliktsrecht	177
4.4.1	Allgemeines	177
4.4.2	Tatbestand	179
4.4.3	Rechtswidrigkeit	183
4.4.4	Verschulden	185
4.4.5	Rechtsfolgen	186
4.4.6	Sonstige Haftungstatbestände	187
4.4.7	Haftung für fehlerhafte Produkte	193
5	Grundzüge des Sachenrechts	199
5.1	Einleitung	199
5.2	Besitz	200
5.3	Eigentum	201
5.3.1	Inhalt und Beschränkung	201
5.3.2	Eigentumsübertragung	202
5.3.3	Ansprüche aus dem Eigentum	204

5.4	Nutzungsrechte	204
5.5	Verwertungsrechte	206
5.6	Erwerbsrechte	207
6	Grundzüge des Prozessrechts	209
6.1	Allgemeines	209
6.2	Mahnverfahren	210
6.3	Klageverfahren	211
6.4	Zwangsvollstreckung	212
7	Anhang	215
7.1	Lösungsvorschläge zu den Übungsfällen (Auswahl)	215
7.1.1	Kap. 1.	215
7.1.2	Kap. 2.	216
7.1.3	Kap. 3.	217
7.1.4	Kap. 4.	218
7.1.5	Kap. 5.	219
7.2	Antwortvorschläge zu den Kontrollfragen	220
7.2.1	Kap. 1.	220
7.2.2	Kap. 2.	220
7.2.3	Kap. 3.	221
7.2.4	Kap. 4.	222
7.2.5	Kap. 5.	224
7.2.6	Kap. 6.	225
7.2.7	Musterklausuren mit Lösungsvorschlägen	225
7.2.8	Aufgabe 1.	226
7.2.9	Aufgabe 2.	227
7.2.10	Aufgabe 3.	229
7.2.11	Aufgabe 4.	231
7.2.12	Aufgabe 4.	232
7.2.13	Aufgabe 5.	234
7.2.14	Aufgabe 6.	235
7.2.15	Aufgabe 7.	237
7.2.16	Aufgabe 8.	238
7.2.17	Aufgabe 8.	240
	Stichwortverzeichnis	243

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften
Anm.	Anmerkung
AnwGH	Anwaltsgerichtshof
AO	Abgabenordnung
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Azubi	Auszubildende(r)
b2b	Business to Business (Unternehmer – Unternehmer)
b2c	Business to Consumer (Unternehmer – Verbraucher)
B.-Württ.	Baden-Württemberg
BAG	Bundesarbeitsgericht
Beschl.	Beschluss
BetrKV	Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Amtliche Entscheidungssammlung)
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz)

BMG	Bundesmeldegesetz
BORA	Berufsordnung der Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT-Ds.	Bundestags-Drucksache
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzgl.	bezüglich
c2c	Consumer to Consumer (Verbraucher – Verbraucher)
ca.	circa (ungefähr)
cbm	Kubikmeter
CD-ROM	Compact Disc Read-Only Memory
CE	Communauté Européenne
CEN	Comité Européen de Normalisation
CIF	cost insurance freight (INCO-Term-Klausel)
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN-Kaufrecht)
DH	Duale Hochschule
DIN	Deutsches Institut für Normung e. V.
DRK	Deutsches Rotes Kreuz e. V.
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
E-Commerce	Electronic Commerce
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGVP	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EMRK	Europäische Menschenrechtskommission
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ErbbRVO	Erbaurechtsverordnung
EuGFVO	EG-Verordnung Nr. 861/2007, Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
e. V.	eingetragener Verein

FernUSG	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEZ	Gebühreneinzugszentrale
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HDTV	High Definition Television
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
HU	Hauptuntersuchung
ICC	International Chamber of Commerce
IHK	Industrie- und Handelskammer
INCO-Terms	International Commercial Terms
InfektG	Infektionsschutzgesetz
InsO	Insolvenzordnung
ISO	International Organization for Standardization
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JKomG	Justizkommunikationsgesetz
Kfz.	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
km/h	Kilometer pro Stunde (Geschwindigkeit)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LCD	Liquid Crystal Display (Flüssigkristallbildschirm)
LG	Landgericht
LSchIG	Ladenschlussgesetz
M2M	Machine to Machine
max.	maximal
M-Commerce	Mobile Commerce
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MüG	Gesetz zur Marktüberwachung und zur Sicherstellung der Konformität von Produkten (Marktüberwachungsgesetz)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MwSt.	Mehrwertsteuer
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

NRW	Nordrhein-Westfalen
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
p. a.	per annum (pro Jahr)
ParteienG	Gesetz über die politischen Parteien (ParteienG)
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PC	Personal Computer
PflVG	Pflichtversicherungsgesetz
Pkw	Personenkraftwagen
ProdHG	Produkthaftungsgesetz
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
RGB.	Reichsgesetzblatt
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randzahl/Randziffer
S.	Satz (oder Seite)
SchwarzArbG	Schwarzarbeitsgesetz
SigG	Signaturgesetz
sog.	so genannte(r)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StR	Strafrecht (Abkürzung Kammer bei Strafgericht)
str.	streitig
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TFT	thin-film transistor (Dünnschichttransistor)
TKG	Telekommunikationsgesetz
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz)
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u. a.	unter anderem
ÜAnlG	Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UPS	United Parcel Service
Urt.	Urteil
US.-am.	US-amerikanisch(e)
UStG	Umsatzsteuergesetz

u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Var.	Variante
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e. V.
VGH	Verwaltungsgerichtshof (B.-Württ.)
VW	Volkswagen
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZiviZ	Zivilgesellschaft in Zahlen
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1	Rechtswege und Instanzenzüge	10
Abb. 1.2	Auslegungsmethoden.	23
Abb. 1.3	Gesetzliche Erbordnung.	30
Abb. 2.1	Arten von juristischen Personen	40
Abb. 2.2	Arten von Rechtsobjekten	44
Abb. 2.3	Bestandteile der Willenserklärung.	50
Abb. 2.4	Zustandekommen des Vertrages.	60
Abb. 2.5	Formerfordernisse bei Rechtsgeschäften.	72
Abb. 3.1	Verschuldensformen.	107